

Ercheint täglich  
früh 6 1/2 Uhr.

# Leipziger Tageblatt

## und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Preisliste 1879.  
Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 M.,  
incl. Frachtposten 5 M.,  
durch die Post bezogen 6 M.  
Jede einzelne Nummer 25 Pf.  
Belegexemplar 10 Pf.  
Schilfen für Extrablätter  
ohne Postförderung 20 M.,  
mit Postförderung 48 M.  
Inserate 1/2 Spalte 20 M.,  
3 Spalten 40 M.,  
5 Spalten 60 M.,  
10 Spalten 100 M.,  
20 Spalten 180 M.,  
30 Spalten 250 M.,  
40 Spalten 320 M.,  
50 Spalten 400 M.,  
60 Spalten 480 M.,  
70 Spalten 560 M.,  
80 Spalten 640 M.,  
90 Spalten 720 M.,  
100 Spalten 800 M.,  
110 Spalten 880 M.,  
120 Spalten 960 M.,  
130 Spalten 1040 M.,  
140 Spalten 1120 M.,  
150 Spalten 1200 M.,  
160 Spalten 1280 M.,  
170 Spalten 1360 M.,  
180 Spalten 1440 M.,  
190 Spalten 1520 M.,  
200 Spalten 1600 M.,  
210 Spalten 1680 M.,  
220 Spalten 1760 M.,  
230 Spalten 1840 M.,  
240 Spalten 1920 M.,  
250 Spalten 2000 M.,  
260 Spalten 2080 M.,  
270 Spalten 2160 M.,  
280 Spalten 2240 M.,  
290 Spalten 2320 M.,  
300 Spalten 2400 M.,  
310 Spalten 2480 M.,  
320 Spalten 2560 M.,  
330 Spalten 2640 M.,  
340 Spalten 2720 M.,  
350 Spalten 2800 M.,  
360 Spalten 2880 M.,  
370 Spalten 2960 M.,  
380 Spalten 3040 M.,  
390 Spalten 3120 M.,  
400 Spalten 3200 M.,  
410 Spalten 3280 M.,  
420 Spalten 3360 M.,  
430 Spalten 3440 M.,  
440 Spalten 3520 M.,  
450 Spalten 3600 M.,  
460 Spalten 3680 M.,  
470 Spalten 3760 M.,  
480 Spalten 3840 M.,  
490 Spalten 3920 M.,  
500 Spalten 4000 M.,  
510 Spalten 4080 M.,  
520 Spalten 4160 M.,  
530 Spalten 4240 M.,  
540 Spalten 4320 M.,  
550 Spalten 4400 M.,  
560 Spalten 4480 M.,  
570 Spalten 4560 M.,  
580 Spalten 4640 M.,  
590 Spalten 4720 M.,  
600 Spalten 4800 M.,  
610 Spalten 4880 M.,  
620 Spalten 4960 M.,  
630 Spalten 5040 M.,  
640 Spalten 5120 M.,  
650 Spalten 5200 M.,  
660 Spalten 5280 M.,  
670 Spalten 5360 M.,  
680 Spalten 5440 M.,  
690 Spalten 5520 M.,  
700 Spalten 5600 M.,  
710 Spalten 5680 M.,  
720 Spalten 5760 M.,  
730 Spalten 5840 M.,  
740 Spalten 5920 M.,  
750 Spalten 6000 M.,  
760 Spalten 6080 M.,  
770 Spalten 6160 M.,  
780 Spalten 6240 M.,  
790 Spalten 6320 M.,  
800 Spalten 6400 M.,  
810 Spalten 6480 M.,  
820 Spalten 6560 M.,  
830 Spalten 6640 M.,  
840 Spalten 6720 M.,  
850 Spalten 6800 M.,  
860 Spalten 6880 M.,  
870 Spalten 6960 M.,  
880 Spalten 7040 M.,  
890 Spalten 7120 M.,  
900 Spalten 7200 M.,  
910 Spalten 7280 M.,  
920 Spalten 7360 M.,  
930 Spalten 7440 M.,  
940 Spalten 7520 M.,  
950 Spalten 7600 M.,  
960 Spalten 7680 M.,  
970 Spalten 7760 M.,  
980 Spalten 7840 M.,  
990 Spalten 7920 M.,  
1000 Spalten 8000 M.

Nr. 294.

Dienstag den 21. October 1879.

73. Jahrgang.

### Bekanntmachung.

Wegen des Umbaus der Heiligen Straße wird der Verkehr über dieselbe bis auf Weiteres vom Dienstag, 21. October ab gesperrt.  
Leipzig, am 17. October 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi. Richter.

### Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß in der Nacht vom 25. zum 26. dieses Monats Reinigung des Hochwasserwehrs, in den Nächten vom 27. zum 28. und vom 29. zum 30. d. M. die Spülung der Hauptrohren und in der Nacht vom 30. zum 31. die Spülung der Zweigrohren der Wasserleitung vorgenommen werden wird.  
Leipzig, den 17. October 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi. Stdt.

### Bekanntmachung.

Der Buchhalter nebst Buchführer im Alten Theater soll zum Restaurationsbetriebe während der in diesem Jahre stattfindenden Vorstellungen auf die Zeit vom 10. Januar 1880 bis 30. Juni 1882 an den städtischen Vermietet werden.  
Wir beauftragen hierzu auf

### Bekanntmachung.

Der Buchhalter nebst Buchführer im Alten Theater soll zum Restaurationsbetriebe während der in diesem Jahre stattfindenden Vorstellungen auf die Zeit vom 10. Januar 1880 bis 30. Juni 1882 an den städtischen Vermietet werden.  
Wir beauftragen hierzu auf

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi. Stdt.

### Bekanntmachung.

Die Beitragspflichtigen unserer Gemeinde, welche mit ihrer Steuer noch im Rückstande sind, werden hierdurch an Entrichtung derselben erinnert.  
Der Vorstand der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig.

### Quittung und Dank.

In Folge letztwilliger Verfügung der am 1. Mai 1877 verstorbenen Frau Wilhelmine Jacobine Schneider geb. Frey, hier, wurde uns heute, durch deren Testamentvollstrecker Herrn Bürgermeister Claus in Freyberg, die Summe von  
**Sechshundert Mark**  
überwiesen und quittiren wir hierüber mit dem Ausdruck wärmsten Dankes.  
Leipzig, 18. October 1879.

Die Armen-Kassa.  
Theodor Wagner, d. St. Cassirer.

### Bekanntmachung.

Donnerabend, den 25. October dieses Jahres, Vormittags 10 Uhr, sollen in den Räumen des hiesigen Proviantamtes (Schloß Pleißenburg) eine Partie Roggenkleie und Weizenmehl zu öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige baare Bezahlung versteigert werden.  
Die Bedingungen werden vor der Auktion bekannt gemacht.  
Leipzig, am 17. October 1879.

Königliches Proviantamt.

### Sitzung des ärztlichen Bezirksvereins der Stadt Leipzig.

Dienstag, den 21. October Abends 6 Uhr im Saale der Ersten Bürgerschule.  
Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung über den Antrag des ärztlichen Bezirksvereins Pirna auf Besetzung aller die Ausübung der Heilkunde betreffenden Bestimmungen aus der deutschen Gewerbeordnung und auf Erlass eines gesammten Medicinalwesens umfassenden besonderen Medicinalgesetzes für das deutsche Reich; eventuell über auf Abänderung der §§. 29 und 147 der Gew.-Ordnung.  
(Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.)

Dr. Ploss.

### Bekanntmachung.

Die Beitragspflichtigen unserer Gemeinde, welche mit ihrer Steuer noch im Rückstande sind, werden hierdurch an Entrichtung derselben erinnert.  
Der Vorstand der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig.

### Oesterreich und der Friede.

Die Offenheit, mit welcher Fürst Bismarck der Ausführung seiner Aktionen zu Worte trat, hat die Diplomatie der alten Schule geirrt, da, wo es sich um entscheidende Wendepunkte in der Entwicklung der Völker handelt, sonst in die künstlichsten Falten gelegten Leier des Geheimnisses fallen zu lassen. So vor Kurzem der englische Minister des Auswärtigen, Lord Salisbury, in Manchester eine gehalten, welche der europäischen Lage einen überraschend deutlichen Ausdruck giebt, daß diese die Welt in Erscheinung setzen muß. Ein britischer Staatsmann äußerte sich wörtlich in England, daß die russische Politik, die Konstantinopel gehe; die Aufgabe, zu verhindern, daß sich das russische Reich von einem erre bis zum anderen ausdehne, sei Oesterreich vertraut. Wenn England kein Vertrauen mehr dem türkischen Soldaten habe, so könne es dem Oesterreichlichen Soldaten vertrauen, welcher an der ersten Wache stehe. Wir konnten in der Türkei so äußerte sich Salisbury weiter — keine Nationalität ansprechen, um Russland Widerstand zu leisten, weil es dort keine homogene Nationalität giebt. Russland könne nicht weiter voran, weil Oesterreich stark sei. Die Stärke die Unabhängigkeit Oesterreichs seien eine Gewähr für die Stetigkeit des europäischen Friedens. Die Vorgänge der letzten Woche bezeugen die Regierung zu dem Glauben, daß Oesterreich angegriffen werden sollte, es allein dastehen würde. Die von den letzteren gebrachte Nachricht von dem Abreise eines Oesterreichs und Defensiv-Bündnisses gegen Oesterreich und dem deutschen Reich lebhaft Freude hervorgerufen. — Diese die Zustimmung des Chefs des Foreign office der Politik des Reichskanzlers wird jeden zwischen mit hoher Bewusstheit erfüllen. In der That, wir glauben, daß in Deutschland Parteien darin einig sind, die neue Wendung der Lage, das Bündniß mit Oesterreich und die Hinwendung Englands zu den beiden Kaiserreichen, als ein geschichtliches Ereignis anzusehen. Daß die dem Fürsten Bismarck und dem Grafen Drasch inangewandte Friedenspolitik, deren Operationen bis auf den Berliner Congreß zurückzuführen, die Welt der Zeitpa mit patriotischer Begeisterung begrüßt wird, dafür liefert der Tag neue Beweise. Fürst und Volk, Diplomatie und Presse in Oesterreich haben in diesem Sinne übereinstimmend gekündigt. Vor Kurzem erließ der jetzige Minister des Auswärtigen, Baron Schulerberg, ein Schreiben an die Cabinet, in welchem er, er lege Werth darauf, keinerlei Zweifel zu lassen, weil er der Ueberzeugung sei, daß die Interessen der Monarchie nicht besser entgegen, als durch Einhaltung jener politischen Politik, die inmitten erster Erschlitterungen dem Verlande die Wohlthaten des Friedens und Aufrechterhaltung des Ansehens gesichert habe. Der Minister erklärt es für sein Bestreben, das Vertrauen unter den Mächten, welches auf dem Berliner Congreß hergestellt worden sei, zu erhalten, den politischen Zustand, den sie Orient geschaffen, zu festigen und der Wiederherstellung des Friedens die Berücksichtigung folgen zu lassen und der Industrie und dem Handel die Sicherheit zu bieten. Er erachte es für

seine Pflicht, an dieser Aufgabe mit all seinen Kräften zu arbeiten. Mit größter Sorgfalt werde er darüber wachen, daß die Ehre und Würde der Monarchie erhalten bleibe und daß ihre Interessen gewahrt würden. Auch das leitende Wiener Blatt, die „Neue freie Presse“, äußert sich dahin, daß der europäische Friede nunmehr dauernd gesichert sei. Es schreibt: „Mit dem Tage, an welchem der deutsche Reichskanzler unsere Hauptstadt betreten, scheint eine vollständige Wandlung der Dinge in Europa begonnen zu haben. Jenseit bezog man sich das Ergebnis der Wiener Unterredungen und Verhandlungen nur die Fortdauer der bisherigen guten Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich; bald jedoch tauchte hier und dort die Meldung auf, es sei ein förmliches Bündniß der beiden Reiche unterzeichnet worden. Die erfreuliche Nachricht findet heute ihre Bestätigung durch die Mittheilung, dem diplomatischen Austausch des deutschen Bundesratsbeschlusses über die Wiener Vereinbarungen ausführliche Mittheilungen gemacht worden. Das klingt nicht mehr nebelhaft und unbestimmt, sondern wie greifbare Wirklichkeit. Niemand weiß heute noch das Mindeste von den Bedingungen, unter welchen das deutsch-oesterreichische Bündniß eingegangen worden, aber daß es abgeschlossen worden, dafür sprechen bedenkliche Zeichen. Ist es geschehen, hat Bismarck's Hand hier in Wien den Knoten geschlagen, der Oesterreich und Deutschlands Geschicke künftig untrennbar verbindet, dann hat sich die Idee verwirklicht, für welche wir unerschütterlich seit vielen Jahren eingestanden sind, und wir könnten einmal froh ansatzmen in dem Bewußtsein, die offizielle Staatskunst habe durchgeführt, was wir als bestmögliche, als notwendigste bezeichneten. Der Stern, an den wir glaubten, ohne ihn zu sehen, würde plötzlich zu leuchten beginnen. Aber das, was wir dem Abschlusse eines deutsch-oesterreichischen Bündnisses gegenüber empfanden, ist nebenbei, unbedeutend, verschwindend gegen die Umwälzung, die dieses Bündniß in der Lage Europas herbeiführt. Was kann Russland fürder unternehmen, wenn ihm der Bestand des deutschen Reiches fehlt? Es ist nicht mehr im Stande, Oesterreich zu bedrohen, es muß seinen Anschlägen auf Konstantinopel entsagen, es vermag den Frieden der Welt nicht mehr zu stören. Das deutsch-oesterreichische Bündniß würde zeigen, daß Europa sich selbst wiedergefunden habe, daß es nicht länger anhängig und schlaftrig den russischen Uebermuth gewähren lassen will. So sieht man es in England auf, wo es allgemeine freudige Zustimmung findet. Beaconsfield's Politik würde sich rasch und leicht in die neue Gestaltung der Dinge einfügen. England ist vor zwei Jahren in der orientalischen Frage daran gescheitert, daß es keinen Verbündeten auf dem Festlande fand; es wartet nun darauf, sich Deutschland und Oesterreich anzugesellen. Schon jetzt heißt es, die Reise des Grafen Münster habe eine große politische Bedeutung, er sei der Ueberbringer englischer Anträge und Vorschläge, welche darin gipfelten, den russischen Einfluß durch gemeinsame Anstrengung zu vernichten und Russland in jene Sphäre zurückzuführen, welche ihm seine asiatische Regierungsform wie die dürstige Kultur seiner Einwohner anweisen. Das eröffnet einen weiten und schönen Ausblick. Unabsehbar, unerwünscht sind die Wirkungen, die ein deutsch-oesterreichisches Bündniß auf den Gang der großen europäischen Politik ausüben würde, und wir vermögen nicht eine einzige zu

sehen, die unheilvoll oder verderblich sein könnte. Wenn wir uns vergegenwärtigen, wie durch diese natürlichste aller Allianzen Russlands Macht gebrochen, die orientalische Frage ihrer Schärfe beraubt, die Ruhe des Welttheils beruhigt werden könnte, wenn wir daran denken, daß in Folge eines langen Friedens die gerechte Forderung der Völker nach Beseitigung der unerträglichen Deereslast endlich eine wenigstens theilweise Erleichterung finden möchte, so ist uns zu Muthe, als bildeten wir durch enge Sitze in einen herrlichen Garten, und der Glaube an eine bessere Zukunft, der uns oft zu verlassen droht, beseligt sich wieder in unserem Herzen. Aber noch wissen wir nicht mit unbedingter Bestimmtheit, ob die Voraussetzung, an die wir so große Hoffnungen knüpfen, auch ganz und gar erfüllt, ob das Bündniß zwischen Deutschland und Oesterreich unterzeichnet ist. Die Sage läßt den Rothbart im Rhythmus alle hundert Jahre einmal erwachen und fragen, ob die Raben noch um den Berg fliegen. Auch wir fragen zweifelnd, ob unser Wunsch sich verwirklicht hat oder ob die alten Unheilsraben noch durch die Luft ziehen.“ Diese schwungvollen Worte werden auch im deutschen Reich freudigen Widerhall finden, denn dieses sieht neidlos auf das wachsende Ansehen Oesterreich-Ungarns in Europa.

### Politische Uebersicht.

Leipzig, 20. October.  
Zur parlamentarischen Lage wird uns aus Berlin vom Sonntag geschrieben: „Die geschäftliche Behandlung der Landtagsvorlagen soll u. A. auch Gegenstand der Verhandlungen des Ministerraths gewesen sein, der gestern unter dem Vorsitz des Grafen Stolberg stattfand. Neben dem Etat und den mit diesem in engem Zusammenhange stehenden Eisenbahnvorlagen wird es besonders die vom Ministerium geplante Reorganisation der allgemeinen Landesverwaltung sein, mit der sich der Landtag in der ersten Session der jetzt beginnenden Legislaturperiode zu beschäftigen haben wird. Angehlich sind die vorbereitenden Arbeiten innerhalb des Ministeriums bereits zum Abschluß gelangt. Der Entwurf ist fertig, aber was von den grundsätzlichen Bestimmungen desselben bekannt geworden ist, wird mit Unrecht als auf den Ideen des Grafen Eulenburg II. beruhend dargestellt. Es ist im Wesentlichen Dasselbe, was sein Vorgänger und Namensvetter schon vor fünf Jahren in seiner bekannten Denkschrift vorgelegt hat. Wenn damals in Betreff der geplanten Befestigung der Collegialverwaltung der Bezirksregierungen Besürchtigungen vor einem Präsidium laut wurden, so sind sie heute noch gerade so am Platze. Ein Unterschied von großer praktischer Tragweite besteht freilich zwischen den beiden Grafen Eulenburg. Der spätere Minister betonte immer, daß er erst an die Reorganisation der Staatsverwaltung gehen könne, wenn die Selbstverwaltung auf festen Grundlagen ruhe, d. h. nach unten durch eine neue Gemeindeordnung für Stadt und Land abgeschlossen sei, und wenn man die Kreis- und Provinzialordnung von den Provinzen auf die westlichen Provinzen mit den geeigneten Modificationen werde übertragen haben. Daraus scheint für die nächste Zukunft weniger als je die Rede zu sein.“  
Aus der parlamentarischen Fraction der nationalliberalen Partei wird uns mitgeteilt, daß der Reichstagsabgeordnete Dr. Paßler seinen politischen Freunden im Landtage den Rath geben

wird, sich ebenso der bewährten Führung von Bennigsen's, wie seiner Freunde Michael, Widert u. A. anzuerkennen. Der Abg. Voller habe wohl mit Rücksicht darauf auf ein Mandat verzichtet, dessen Verlust er schon vor zwei Monaten von seinen Frankfurter Freunden ziffermäßig nachgewiesen erhielt. Seine Frankfurter Rede in letzter Stunde vor der Wahl hätte nur der Vertiefung gegen die Angriffe Frankfurter Professoren gegolten. Zur Frage des Präsidiums schreibt die „National-Zeitung: „Durch die jetzt gemeldete Annahme des Abgeordneten-Mandats durch Herrn von Bennigsen ist die Frage der Befestigung des Präsidiums in dem Abgeordnetenhaus in ein neues Stadium getreten. Von Seiten leitender Abgeordneter der Conservativen und des Centrums hatte man sich auf eine Combination geeinigt, wonach der Oberpräsident Staatsminister a. D. Schenck von dem man annahm, daß er keiner Fraction beitreten werde, Präsident werden sollte; den ersten Vizepräsidenten sollten die Conservativen, den zweiten das Centrum stellen und waren dafür die Herren v. Köller und v. Deereemann vorgesehene. Nunmehr tritt, wie aus conservativen Kreisen verläutet, eine neue Combination hervor, die eine sehr einflussreiche Unterstützung findet, wonach Herr v. Bennigsen das Präsidium übernehmen soll. Es würden dann den Conservativen und dem Centrum die zwei Vizepräsidentenstellen überlassen werden. Man nimmt an, daß die Freiconservativen, Neconservativen und ein Theil der Aliconservativen — der linke Flügel derselben — einer solchen Befestigung zustimmen würden. Von den ca. 170 Conservativen aller Bezeichnungen fallen auf die Aliconservativen etwa 50. Wir theilen die auf die Befestigung des Präsidiums bezüglichen Nachrichten nur zur Charakterisirung der Lage mit, und in dem gegenwärtigen Augenblick jedes weiteren Eingehens darauf enthaltend.“ Was uns anbetrifft, so glauben wir, Herr von Bennigsen werde das Präsidium nicht ambiren.  
Als vor einiger Zeit die Veröffentlichung des Falk'schen Briefes auch dem blödesten Auge deutlich machte, was einsichtige Männer gemäßigter Richtung von der jetzt begonnenen Umkehr in der preussischen Kirche und Schule fürchten zu müssen glaubten, wurden vielfach in der regierungsfreundlichen Presse diesem Briefe Versicherungen eines Führers des Protestantentums, Geh. Rath Bluntzschli in Heidelberg, entgegengestellt, die angeblich in wesentlich anderer Richtung sich bewegten. Da kommt jetzt zu gelegener Stunde die Publication des Antwortschreibens, welches Bluntzschli unter dem 29. September an den geschäftsführenden Ausschuss des Protestantentums auf dessen Gratulationsadresse zum 50jährigen Doctorjubiläum gerichtet hat. Der große Staatsrechtler sagt darin: „Wie in der protestantischen Landeskirche Badens, freilich auch nach mehrjährigen Kämpfen, die volle Gleichberechtigung der Glieder und Freunde des Protestantentums mit den Anhängern der älteren Bekenntnisse errungen ist und wie diese Kirche seit ihrer inneren Erneuerung gefunden und ihre Wirksamkeit unter dem Volke erhöht hat, so schien auch die neue preussische Kirchenverfassung den verschiedenen Parteien und Ansichten gerecht zu werden und auch den Geistlichen des Protestantentums eine unverkürzte Mitwirkung an dem kirchlichen Leben zu gewähren. Es konnte darauf die Hoffnung gegründet werden einer Erneuerung und Erfrisung des religiösen Bewusstseins in dem deutschen Volke und der zeit-